

Resolution für einen Vollkanton Baselland

Bürgerliches Komitee wehrt sich gegen Bemühungen zur Wiedervereinigung

«Baselland bleibt selbständig», hat sich ein Komitee aus SVP-, FDP- und wenigen CVP-Politikern auf die Fahne geschrieben. Hauptziel ist ein Vollkanton Baselland.

Das Komitee «Baselland bleibt selbständig» fordert in einer Resolution die Schaffung eines Vollkantons Baselland. Die Schrift wurde am Dienstagabend in Münchenstein an einer Informationsveranstaltung verabschiedet. In Baselland solle weiter eine Strategie der gleichberechtigten partnerschaftlichen Zusammenarbeit verfolgt werden, steht in der Resolution, die von der FDP-Landrätin Daniela Schneeberger (Thürnen) präsentiert wurde. Die Kantonsregierung wird aufgefordert, den Austausch mit Basel-Stadt zu verstärken und dabei die Interessen des Baselbiets klar zu vertreten. Und der Landrat solle die Selbständigkeit des Baselbiets nicht nur achten und pflegen, «sondern auch in aller Stärke gegen innen und aussen unmissverständlich» vertreten.

SVP-Landrat Thomas de Courten (Rünenberg) erklärte die Vorteile von zwei Vollkantonen: «So wären die

beiden Basel je mit zwei Ständeräten vertreten und würden in Bundesbern mehr Gewicht haben.» Eine Wiedervereinigung jedoch würde die Abläufe langwieriger und schwerfälliger, die Verwaltung träger und teurer machen. Das Baselbiet gebe mehr als jeden vierten Franken der Steuererträge an die Stadt ab, kritisierte de Courten weiter. Dabei sei Mitsprache nur versprochen, aber in einigen Fällen nicht eingehalten worden. «Baselland ist zum Beispiel gesamtschweizerisch immer noch nicht als Universitätskanton anerkannt.»

Es gibt noch weitere Gründe

Auch aus wirtschaftlicher Sicht mache die Wiedervereinigung keinen Sinn, sagte FDP-Landrat Christoph Buser (Füllinsdorf). «Trotz – nein gerade wegen der politischen Trennung in zwei souveräne Halbkantone haben sich beide Basel wirtschaftlich in bester Manier entwickelt», erklärte der Vizedirektor der Wirtschaftskammer Baselland. Basel beherberge die Industrie; das Baselbiet sei ein KMU-Kanton. «Ein verein-

tes Parlament würde tendenziell die Interessen der Industrie stärken; und die Anliegen der KMU würden an Bedeutung verlieren.» Deshalb würden Aktivitäten für eine Wiedervereinigung nichts bringen. «Vor allem nicht für die Wirtschaft, die jederzeit Grenzen überwindet, wo dies nötig ist.»

Auch der ehemalige Nationalrat Walter Jermann (CVP) setzt sich im Komitee für ein selbständiges Baselbiet ein. «Wir wehren uns dagegen, uns demokratisch vom bevölkerungs- und einwohnerstarken Stadtkanton dominieren und majorisieren zu lassen», erklärte der Laufentaler. Etwas selber auf die Beine zu stellen, sei wertvoller und besser, als im Strom eines Grosskantons mit zu schwimmen.

Prominenteste Mitglieder des Komitees sind die Nationalräte Caspar Baader (SVP) und Hans Rudolf Gysin (FDP). Nach Angaben von Dieter Spiess, Präsident der SVP Baselland, gehören dem Komitee 180 Personen an. Vertreten seien vor allem Leute aus der SVP und der FDP, aber auch einige aus der CVP. (ZEN)

«Zuerst Fakten auf den Tisch»

CVP-Landrätin Elisabeth Schneider-Schneider hält nicht viel vom Komitee «Baselland bleibt selbständig». «Bevor solche Komitees gegründet werden, sollten zuerst die Fakten auf dem Tisch liegen. Wir müssen wissen, was die Vor- und Nachteile eines gemeinsamen Kantons oder eines Vollkantons wären», sagt die Fraktionschefin der CVP. In einem Postulat bittet sie den Regierungsrat, das Szenario eines gemeinsamen Kantons Basel zu simulieren. Ein Universitätsinsti-

tut oder die Fachhochschule Nordwestschweiz könnten beauftragt werden, ein solches Zukunftsmodell zu erarbeiten. «Vielleicht zeigt sich ja, dass sich für Baselland eine Wiedervereinigung nicht lohnt.» Nach Ansicht von Schneider ist die Gründung des Komitees ein Zeichen von mangelndem Selbstbewusstsein. «Wir Baselbieter können doch unsere Meinung vertreten, ohne Angst zu haben vor der Stadt.» Nur schlecht nachvollziehen kann

Schneider die Aussagen von Parlamentskollege Thomas de Courten, wonach Baselland mehr als jeden vierten Steuerfranken an die Stadt abliefern. «Ich frage mich, wie viel des in Basel erwirtschafteten Geldes im Baselbiet versteuert wird. Wir profitieren doch voneinander», kontert Schneider. Weil ihr Postulat vor allem linke Landrätinnen und Landräte mitunterzeichnet haben, werde ihre Idee jetzt als «linke Politik» abgetan, bedauert sie. (ZEN)